

V-1-020: Fördermittel für politische Bildung und Demokratieförderung ausbauen!

Antragsteller*innen Helena Schnettler und Tammo Westphal

Antragstext

Von Zeile 19 bis 20 einfügen:

Vorjahr belassen. Aber auch ein einfaches „Weiter so“ wird dem Ernst der Lage nicht länger gerecht.

Für viele Beratungsstellen, politische Bildungseinrichtungen und zivilgesellschaftliche Projekte bedeuten die geplanten Kürzungen das Aus. Gerade in Ostdeutschland, wo ehrenamtliches Engagement nicht so tief verankert ist, stellt das unsere Gesellschaft vor existenzielle Herausforderungen. Die Menschen, die sich vor Ort gegen erstarkende extremistische Kräfte einsetzen, dürfen hier nicht im Stich gelassen werden. Die GRÜNE JUGEND steht hier solidarisch an ihrer Seite.

Von Zeile 24 bis 25 einfügen:

Organisationen. Denn mit Hilfe dieser Angebote kann man rechtes Gedankengut und antidemokratische Ansichten bereits an der Wurzel bekämpfen.

Die aktuelle Haushaltssperre und daraus resultierende Haushaltskrise im Bund bedrohen akut die gesamte Demokratielandschaft in Deutschland. Ohne Haushalt wird weder Förderzusagen, noch einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn geben. Langfristig aufgebaute Strukturen, verlässliche Beratungsarbeit für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt oder gruppenbezogener Diskriminierung werden ebenso wegbrechen wie Demokratieförder-, Antidiskriminierungs- oder Schulprojekte. Wir setzen uns deshalb für die Erteilung eines vorzeitigen Maßnahmenbeginns für die Träger in den Bundesprogrammen noch vor den Feiertagen ein. Es braucht jetzt Planungssicherheit und klare Zusagen, damit die Zahlungsfähigkeit der Träger ab Januar sicher gestellt wird und die Arbeit im ersten Schritt überhaupt fortgeführt werden kann.

Begründung

Erfolgt mündlich.